

„Den ländlichen Raum stärken“

Was von der Bayern-Koalition zu erwarten ist

Die „Bayern-Koalition“ wird künftig den Freistaat regieren. Dank der Freien Wähler (FW) bleibt Markus Söder (CSU) Ministerpräsident. Doch wofür steht diese Gruppierung, die sich lange dagegen wehrte, als „Partei“ bezeichnet zu werden?

Nicht nur außerhalb Bayerns tut man sich schwer mit der Einordnung der FW. Auch in den bayerischen Großstädten sind die „Freien“ nicht so stark verankert wie im ländlichen Raum. Während sie von Bad Tölz bis Kitzingen mittlerweile zwölf Landräte stellen, gingen bei den letzten Kommunalwahlen 2014 nur drei OB-Posten an die FW. In München, Nürnberg oder Augsburg kamen sie nicht über 3,5 Prozent. Deutlich besser waren die Ergebnisse bei der Landtagswahl. Zu verdanken ist das wohl auch Hubert Aiwanger, dem Spitzenkandidaten der FW. 2006 wurde er zum Landesvorsitzenden gewählt, 2008 führte er die FW mit 10,2 Prozent erstmals in den Landtag. Zuvor waren sie zwei Mal an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert.

Bürgerliche Alternative

Der Schritt in die „große Politik“ war FW-intern heftig umstritten. Ein nicht unerheblicher Teil der FW-Mitglieder wollte sich auf die Gemeinde- und Kreisebene beschränken, wo unabhängige Wählergruppen in Bayern traditionell stark vertreten sind. Dies liegt auch am kommunalen Wahlrecht. Die Wähler können bis zu 80 Stimmen auf mehrere Listen verteilen und den Bürgermeister sowie den Landrat direkt wählen. Dadurch sind die Personen wichtiger als die Parteien. Auch deshalb sind die FW nach eigener Aussage heute mit 500 Bürgermeistern nach der CSU die zweitstärkste politische Kraft in den Kommunen. Die Entscheidung, auch bei Landtagswahlen anzutreten, fiel 1997 mit knapper Mehrheit. 54 Prozent der Delegierten stimmten dafür. 20 Jahre später sehen sich die FW als „Anwalt der Kommunen im Landtag“ und als die „bürgerliche Alternative“ für enttäuschte CSU-Wähler. In der Tat ist es wohl vor allem den FW zu verdanken, dass die AfD bei der bayerischen Landtagswahl hinter ihren Erwartungen zurückblieb und deutlich schlechter abschnitt als in an-

deren Bundesländern. Die bayerischen Wähler konnten der CSU einen Denkmittel verpassen, ohne zu den Rechtsextremen abwandern zu müssen. Doch welche Auswirkungen hat das auf die Politik im Freistaat?

Plakative Forderungen

FW-Chef Aiwanger ist es zweifellos gelungen, mit einigen wenigen, plakativen Forderungen zu punkten. So stellte er sich früh auf die Seite der Gegner des achtstufigen Gymnasiums und zwang die CSU zum Einlenken. Auch die Forderung nach einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die Hausbesitzer zu zahlen haben, und die kostenlose Kita kamen bei den Wählern gut an. Eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen lehnen die FW kategorisch ab. Damit dürften sie den Grünen Wähler abgeworben haben.

Flächendeckende Versorgung

Ansonsten ist von den FW vor allem eines zu erwarten: die Stärkung des ländlichen Raums, wo sie ihre politische Heimat haben. In einer BR-Sendung wurde Aiwanger von einem Münchner gefragt, warum er als Großstadtbewohner den FW seine Stimme geben soll. Die Antwort: „Damit nicht noch mehr Menschen nach München ziehen und die Mieten dort nicht noch weiter steigen.“ Einheitliche Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns – das heißt für die FW auch eine gute medizinische Versorgung. Die Schließung kleiner Krankenhäuser im ländlichen Raum wollen sie ebenso verhindern wie die Ausdünnung der ambulanten Versorgung durch große MVZ in den Ballungszentren. Hier könnten auch Chancen für die zahnärztliche Landespolitik liegen, die sich ebenfalls für den Erhalt der gewachsenen Versorgungsstrukturen einsetzt. Defizite sieht der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Heinrich Oberreuter allerdings bei der Wirtschaftskompetenz der FW. „Wirtschaftspolitik ist nicht ihre Stärke“, sagte er der „Augsburger Allgemeinen“. Wenn Bayern seinen bundesweiten Spitzenplatz verteidigen will, wird also auch die CSU gefordert sein.